

# Vor dem Ergebnis des ersten Durchgangs der französischen Präsidentenwahlen: Die weitere Strategie der Favoriten für die Stichwahl

VON **DANNY LEDER**, PARIS

In den beiden Großparteien, also bei den Sozialisten von Francois Hollande, und der UMP („Union der Volksbewegung“) von Nicolas Sarkozy, waren schon vor dem Eintreffen der ersten Ergebnisse der gestrigen Wahl die strategischen Überlegungen für die nächsten Schritte bis zur Stichwahl am 6.Mai auf Hochtouren gelaufen. „Da wird ein völlig neuer Wahlkampf beginnen“, hatte Sarkozy angekündigt.

Die letzten fünf Wochen hatten die Auflagen der französischen Aufsichtsbehörde der audiovisuellen Medien für eine strenge zeitliche Gleichbehandlung aller zehn Kandidaten des ersten Wahlgangs bei sämtlichen TV- und Radiosendern gesorgt – ein Prinzip, das Sarkozy nicht behagt hatte. In dieser Phase hatte das Übergewicht radikaler Kandidaten (fünf von zehn Kandidaten waren am linken Rand angesiedelt, zwei rechtsnationalistisch) für eine Dauerberieselung mit Parolen gegen Finanzer und Konzerne, und manchmal auch gegen die EU, gesorgt. Eine Neigung, die sich allerdings auch Sarkozy und, mit etwas moderaterer Tonlage, Hollande hingegeben hatten.

Im direkten Zweikampf werde er seinen sozialistischen Rivalen Hollande „atomisieren“, hatte Sarkozy vor Vertrauten geprahlt. Der Termin des TV-Duells steht bereits fest: Mittwoch 2.Mai, also drei Tag vor der Stichwahl am 6.Mai.

Von Hollande ist bekannt, dass er dieses TV-Duell seit Wochen vorbereitet. Im Gegensatz zu Sarkozy, einem begabten und – manchmal allzu – erfinderischen Stehgreif-Redner, wirkt Hollande bei seinen Ansprachen oft verkrampft und langweilig. In der abgelaufenen Kampagne versuchte er dieses Manko durch eine einstudierte und entsprechend peinliche Nachahmung der Redewendungen und Gestik des verstorbenen sozialistischen Präsidenten Francois Mitterrand wettzumachen. Seine Stimme hielt dabei oft nicht mit und geriet zu einem Krächzen.

Aber im direkten Dialog ist Hollande ein witziger und schlagfertiger Diskutant, dem schon so mancher überhebliche Kontrahent ins verbale Messer lief. Auch Sarkozy, der sich schon zweimal vor Jahren mit Hollande im TV messen musste, bekam das zu spüren. Ein Vorauszeichen: die beiden kennen sich schon lange, aber während Sarkozy bei halböffentlichen Treffen Hollande duzt, ist der auf staatsmännische Umgangsformen bedachte Sozialist zum förmlichen Sie übergegangen.

Programmatisch stehen sich zwei Maßnahmenkataloge gegenüber, die sich beide mit der aktuellen Situation Frankreichs kaum vereinbaren lassen. Frankreich leidet an einem Doppeldefizit: die Handelsbilanz schlitterte 2011 in ein Rekorddefizit von 70 Mrd. Euro, die Staatsschuld steuert auf 90 Prozent des Bruttonationalprodukts zu. Man kann aber davon ausgehen, dass beide Programme spätestens nach den Parlamentswahlen im Juni einer pragmatischen Korrektur unterzogen werden.

Sarkozy will den von ihm begonnenen Postenabbau im öffentlichen Dienst (für jeweils zwei in Pension gehende Beamte wird nur ein Neuer eingestellt) und die Einsparungen im Gesundheitswesen fortführen. Er hat aber wiederum Versprechen gehäuft (Anhebung des Lehrergehalts, Vervielfachung der Kinderkrippenplätze, Errichtung neuer Gefängnisse, permanente Abgabenbefreiung für Unternehmer pro Einstellung eines über 55-jährigen Arbeitnehmer), die das von ihm für 2016 angepeilte Nulldefizit als unrealistisch erscheinen lassen – es sei denn er übertrifft die von seiner Regierung bereits beschlossene Erhöhung der allgemeinen steuerlichen Belastung (fast 46 Prozent des Nationalprodukts).

Ähnliches gilt für Hollande, der das Nulldefizit 2017 erreichen will, aber namentlich 12.000 zusätzliche Lehrer pro Jahr zusätzlich anstellen und 150.000 staatlich finanzierte Jugendjobs schaffen möchte. Auch mit der von ihm angestrebten, härteren Besteuerung der Großverdiener, die das generelle Steueraufkommen auf fast 47 Prozent des Nationalprodukts erhöhen würde, und von der nicht sicher ist, ob sie überhaupt praktikabel ist, blieben etliche Versprechen unfinanziert. Hollande ist allerdings vorsichtig genug, um seine Ankündigungen oft mit dem Nachsatz zu versehen: „Wenn es das Wirtschaftswachstum erlaubt“.

